

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 59 (2004)
Heft: 6

Artikel: "Ich habe Respekt vor jedem, der Bio aus Überzeugung macht"
Autor: Popp, Hans / Hugli, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-903789>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Ich habe Respekt vor jedem, der Bio aus Überzeugung macht»

Hans Popp ist der geistige Vater der Schweizer Direktzahlungen. Der Professor und Praktiker gilt als intimer Kenner der internationalen Agrarpolitik, zählt den scheidenden EU-Kommissar für Landwirtschaft, Franz Fischler, zu seinen Freunden, verhandelte vor Jahrzehnten schon mit dem jungen Luzius Wasescha in den globalen Gatt-Runden und referierte am regionalen 12. Möschberggespräch über sein Verhältnis zur WTO. Im Kultur & Politik-Gespräch reflektiert er zudem über EU und Bio.

Kultur & Politik: Hans Popp, was sehen Sie heute in Sachen Landwirtschaft eventuell klarer und differenzierter als vor Jahrzehnten im Bundesamt für Landwirtschaft?

Hans Popp: Mit der Entwicklung finden neue Problemkreise Beachtung, um die wir uns in den Sechziger- und Siebzigerjahren kaum oder wenig gekümmert haben. Ich meine damit vor allem das breite Bewusstsein für ökologische Fragen. Damals standen die Produktionslenkung und der Strukturwandel über allem. Ich staune, wenn heute lautstark die Anpassung der Strukturen in der Landwirtschaft eingefordert wird; und dass sie sich endlich modernisieren müsse. Als ob in den letzten Jahren und Jahrzehnten nichts passiert wäre. Die Frage des Strukturwandels war schon in den Sechzigerjahren, als ich im Bundesamt begonnen habe, zentral. Wir hatten damals in der Landwirtschaft eine Abwanderungsrate von vier Prozent im Jahr. Es kam die Mechanisierung. Es kam der Übergang von der bäuerlichen Landwirtschaft mit Angestellten, Knechten und Mägden zum sog. Einmann/Ein frau-Familienbetrieb. Die Betriebe wurden vergrössert. Was ist heute sonst noch anders? Ich habe selbst zunehmend die weltweite Dimension der Diskussionen zur Landwirtschaft realisiert, die anhaltende Bevölkerungsexplosion, die Notwendigkeit der Ernährungssicherheit im Sinne von genügend Nahrung, aber auch von qualitativ guter Nahrung. Ich habe seither viele Entwicklungsländer bereist, habe mit der FAO zu tun gehabt.

Ich habe gemerkt, dass es in vielen Ländern, wo 50 und mehr Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, vor allem darum geht, ein menschenwürdiges Dasein und Arbeit zu sichern. Das ist in erster Linie in und mit der Landwirtschaft zu realisieren, mit dem Recht auf eigene Nahrungsproduktion. Damals hatten wir bei uns noch 20 Prozent Bauern. Man hat eingesehen, dass im Zuge der Mechanisierung eine gewisse Abwanderung notwendig, ja eine Selbstverständlichkeit ist. Heute hat der Strukturwandel eine ganz andere Dimension bei knapp 3-4 Prozent übrig gebliebener Bauern, mit grösseren Betrieben, mit einer Landwirtschaft, in der die Überbeanspruchung der Bauern und die Entmenschlichung des bäuerlichen Lebens so fortgeschritten ist. Konkret gesagt: Ich sehe heute keinen Sinn darin, den Struktur-

wandel weiter zu forcieren. Im Gegenteil. Es wird in Zukunft immer wichtiger, Arbeitsplätze auf dem Land zu sichern, Menschen zu fördern, die Freude an der bäuerlichen Arbeit als ganzheitliche Beschäftigung und als bewusst gewählte Art der Lebensgestaltung haben. Nicht als Aussteiger, sondern als Bauern!

Wer ist denn hier speziell gefordert? Bundesbern? Die Bauern selbst?

Wir werden in der Landwirtschaft zunehmend international fremd bestimmt. Allem voran mit der WTO. Die internationale Dimension geht von der WTO aus, die immer noch dominant das Ziel der ökonomischen Rationalität verfolgt. Also möglichst viel, zu möglichst tiefen Preisen zu produzieren. Das ist das dominierende Ziel der WTO und genau das werfe ich der WTO auch vor: Sie sollte endlich

eine ganzheitliche Betrachtungsweise pflegen. Auch die schweizerische Agrarpolitik richtet sich fast notgedrungen nach dieser Vorgabe einer internationalisierten Landwirtschaftspolitik. Das ist nicht gut so.

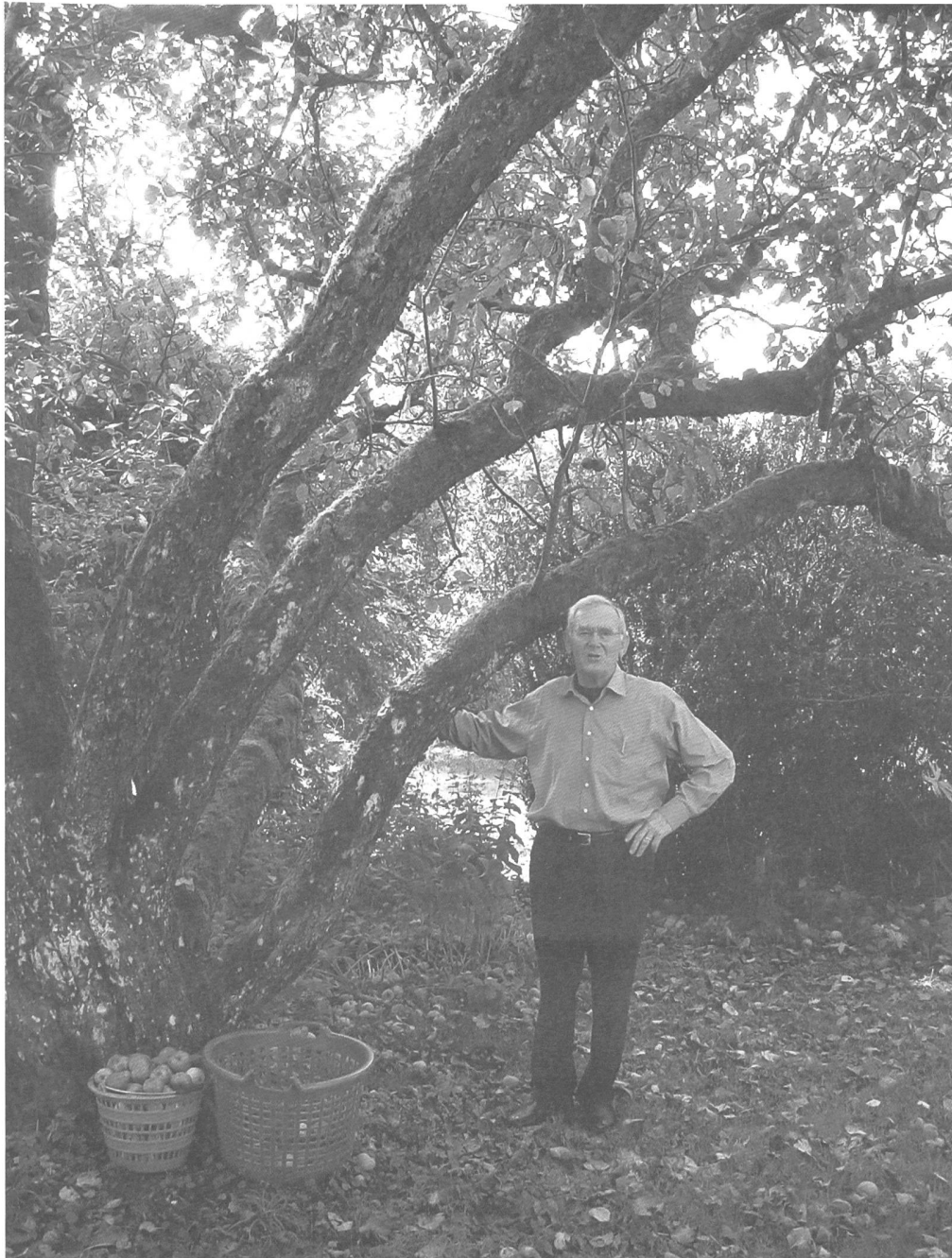
Von wem fordern Sie mutige Massnahmen?

Ich meine, man müsste bei der WTO selbst ansetzen und aufzeigen, dass die ökonomische Effizienz, die Rationalisierung um jeden Preis für die Landwirtschaft nicht das allein selig machende Ziel einer weltweit verbindlichen Ordnung sein kann. Ich will nicht bestreiten, dass es eine Ordnung braucht. Die WTO muss aber das Recht jedes Landes anerkennen, eine eigene Landwirtschaft zu haben, sie muss das Recht jedes Landes respektieren, eine eigene Agrarpolitik ausgestalten zu können. Es geht im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtungsweise nicht primär nur um die Produktion von Lebensmitteln, sondern um das Lebenswohl der Menschen. Es ist nicht die Frage, wie möglichst viel Gewinn zu machen ist, sondern eine Frage der Möglichkeit einer selbst bestimmten, eigenen Lebensgestaltung. Je nach den natürlichen und politischen Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern. Diese Selbstständigkeit der einzelnen Länder in Bezug auf die Ausgestaltung ihrer Politik und ihres Lebens muss mehr als heute berücksichtigt werden. Das heisst konkret: Abbau der Dominanz von Freihandel und ökonomischer Effizienz. Dafür muss man in der WTO Verbündete haben. Die Länder

Praktiker und Professor

Prof. Dr. Hans W. Popp, Jahrgang 1930, ist ein ausgewiesener Kenner der nationalen und internationalen Landwirtschaft und Agrarpolitik. Nach Jahren in der landwirtschaftlichen Praxis promovierte er an der ETH Zürich zum Ing.-Agronom, anschliessend studierte er Nationalökonomie an der Universität Chicago, wo er mit einem PhD abschloss. Von 1962 bis 1995 war er im Bundesamt für Landwirtschaft tätig, Chef der Abteilung «Landwirtschaftspolitik und internationale Agrarfragen»,

ab 1970 Vizedirektor und von 1987 bis 1995 Stellvertretender Direktor. Seit 1969 lehrte er als Dozent für Agrarpolitik und Agrarökonomie an der Universität Zürich; seit 1975 für Agrarpolitik an der ETH Zürich und an der Hochschule St. Gallen; 1985 Habilitation an der Universität Zürich (PD), 1986 Professur Hochschule St. Gallen für «Volkswirtschaftslehre und Agrarpolitik». Daneben verschiedene internationale Aktivitäten u.a. für OECD, FAO, Gatt/WTO und Europarat.



Der gelernte Bauer Hans Popp in seinem Garten in Köniz bei Bern. Dieser prächtige Boskop-Baum stand schon lange vor ihm hier. Popp bewirtschaftet sein Obst nach allen Regeln des Bioanbaus.

der G-10-Gruppe sind solche Verbündeten. Es sind alle Länder, die eine eigene Landwirtschaft wollen, die einen niedrigen Selbstversorgungsgrad haben, die nicht primär auf den Agrarexport aus sind. Das Grundproblem der WTO besteht heute darin, dass sie von den Exportländern dominiert wird. Allen voran von den USA, dann neuerdings von gewissen Schwellenländern wie Brasilien und Argentinien, aber auch Australien/Neuseeland. Alle Länder der neuen Welt, mit viel Land,

die grossflächig und maschinell produzieren können, die auf die Umwelt nicht so Rücksicht nehmen wie wir in den dicht besiedelten alten Ländern.

Und die EU?

Die EU steht irgendwo dazwischen. Einerseits hat die EU die gleichen Ziele wie wir: multifunktionale Landwirtschaft in bäuerlichen Strukturen und Familienbetrieben. Andererseits hat es in Europa aber auch starke Agrarkreise, die viel exportieren. Dänemark, Holland, Frank-

reich. Dann gibt es in der EU Länder, die aus Tradition die Freihandelsphilosophie pflegen: England etwa. Ganz anders als Frankreich. Deshalb auch immer der Gegensatz zwischen den beiden EU-Partnern. Frankreich ist in der Agrarpolitik der verlässlichere Partner als die Engländer. Die sind weltweit orientiert, auf Kolonien ausgerichtet, auf Amerika. Frankreich hingegen setzt seit jeher auf die Bäuerlichkeit.

Frankreich als Verbündeter im WTO-Kampf der Schweizer?

Auch, ja. In erster Linie aber sicher Österreich, Deutschland. Dann Frankreich und viele Entwicklungsländer, die ihre Kleinbauern schützen müssen.

Wie beurteilen Sie die letzten WTO-Beschlüsse vom 1. August in Genf?

Grundsätzlich läuft alles nach dem alten Schema ab, das ich vorhin kritisiert habe. Aber es wird doch langsam aufgeweicht. Das lässt mich hoffen. Es geht ja in der Landwirtschaft um drei zentrale Themen: Um den Abbau der Exportsubventionen, die marktverzerrend wirken, bei uns wie in Entwicklungsländern. Das scheint mir an sich eine gute Sache zu sein.

Der zweite Punkt ist schon schwieriger: Der weitere Abbau der internen Stützung, der Marktstützung einerseits, aber auch der Direktzahlungen. Wobei ich hier überzeugt bin, dass man hart für die Rechte eines jeden Landes kämpfen muss, um seine an ökologische Vorgaben geknüpften Direktzahlungen weiterhin selber gestalten zu können. Diese Autonomie zu sichern ist für mich ein zentraler Punkt kommender Verhandlungen. Das wird sich auch machen lassen, steht die EU in diesem Punkt doch voll auf unserer Seite. Und um die EU wird man in der WTO nicht herumkommen. Für die Schweiz am kritischsten scheint mir das dritte Schwerpunktthema zu werden: Der Grenzschutz. Hier muss die Schweiz eine klare Position vertreten. Der Grenzschutz ist unsere Angelegenheit. Da machen wir keine Konzessionen. Das wird letztlich so nicht ganz zu halten sein. Aber ein Hoffnungsschimmer zeichnet sich im Genfer Abkommen mit der Möglichkeit der Bezeichnung sog. sensibler Produkte ab. Dies besagt, dass ein Land sensible Produkte als Ausnahmen bezeichnen kann. Beispielsweise Milchprodukte, Fleisch, Gemüse, Obst. In diesen lebenswichtigen Bereichen wollen wir keinen weiteren

Zollabbau und wir wollen keine weiteren Zollfreikontingente. Letztere sind besonders gefährlich. Das Rahmenabkommen vom 1. August hat also durchaus positive Ansätze. Das ganze ist aber immer noch auszuhandeln.

Wie beurteilen Sie die Strategie der Schweizer Verhandlungsdelegation unter Luzius Wasescha und Joseph Deiss?

Ich finde es clever, wie sie das Bündnis der G-10 initiiert haben; also den Zusammenschluss jener zehn Länder, die alle darauf hinweisen können, dass sie einen niedrigen Selbstversorgungsgrad haben, dass sie keine Exportsubventionen haben, dass sie den Weltmarkt so nicht kaputt machen. Sie importieren wie die Schweiz zudem bereits 40-50 Prozent ihrer Nahrungsmittel. Und das sowohl aus der EU wie aus den USA und aus den Entwicklungsländern.

Deshalb, liebe WTO, lasst uns doch endlich in Ruhe! Das muss die Strategie sein. Gelingt es in den weiteren WTO-Verhandlungen, beim Einfuhrschutz für Länder mit hohem Importanteil das Recht einzufordern, «sensible Produkte» nach wie vor – ohne höhere Zollfreikontingente – mit Zöllen zu belegen, und gleichzeitig die Autonomie in Bezug auf die Direktzahlungen zu behalten, sollte das ganze auch für die schweizerische Landwirtschaft tragbar sein. Ich meine, damit könnten die Schweizer Bäuerinnen und Bauern durchaus leben.

Mögliche Verbündete wie Frankreich oder Österreich sitzen aber nicht bei der G-10 am Tisch.

Frankreich und Österreich haben eine gewichtige Stimme in der EU. Und die EU will mit einer Stimme reden. In der EU ist der Grundtenor gleich wie bei uns: wir sind Industrieländer, wir müssen exportieren können. Für unsere Industrie ist der Freihandel gut. Deshalb müssen wir auch in der Landwirtschaft Konzessionen machen. Der Druck,

Jahrhundert der Agrarrevolution

In seinem Buch «Das Jahrhundert der Agrarrevolution – Schweizer Landwirtschaft und Agrarpolitik im 20. Jahrhundert» zeigt Hans Popp die Entwicklung der Schweizer Landwirtschaft auf, von der Krise Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Beginn der Agrarpolitik zur neuen Agrarpolitik des Bundes Ende des 20. Jahrhunderts unter dem Vorzeichen von Gatt/WTO und innenpolitischer Kritik. Das Buch kann für Fr. 15.– zuzüglich Versandkosten hier bestellt und bezogen werden: Schweizer Agrarmedien GmbH, Postfach 127, 3000 Bern 16, Telefon 031 958 33 33 oder Fax 958 33 34.

den die Exportindustrie erzeugt, ist gewaltig.

Was muss die Schweizer Landwirtschaft selbst tun?

Der Bauernverband muss klar das Recht auf eine eigene Landwirtschaftspolitik postulieren, und die Notwendigkeit der Ernährungssicherung, in Mengen wie in der Qualität. Die Ökologie und die Multifunktionalität der Landwirtschaft verlangen nach Einfuhrschutz und Direktzahlungen. Das ist nötig, damit die Landwirtschaft ihre Aufgaben gemäss Gesetz erfüllen kann. Wir müssen knallhart unsere Positionen vertreten, ohne schon zu Beginn zu wanken.

Dann ärgert Sie sicher auch eine Stellungnahme der Getreideproduzenten, die fallende Zölle schon akzeptieren wollen und gleichzeitig höhere Direktzahlungen als Ausgleich verlangen.

Die müssen sich bewusst sein: wenn wir den Einfuhrschutz abbauen, dann heisst das tiefere Preise. Es ist bei der heutigen Finanzlage von Bund und Kantonen unrealistisch zu glauben, als Ausgleich mehr Direktzahlungen einfahren zu können.

Und schon sitzt man in der Falle!

Genau das ist es doch. Solange wir die Direktzahlungen nicht erhöhen können, müssen wir den nötigen Ertrag anderswo holen, beim Grenzschutz. Das eine hängt mit dem andern direkt zusammen. Jene Preise, die wir brauchen, lassen sich nur mit einem guten Grenzschutz halten.

Solche Positionen müssen doch mit einer Stimme aus allen Lagern der Landwirtschaft bezogen werden?

Das Finden solcher Einigkeit war beim Bauernverband immer schon ein schwierige Aufgabe. Wobei der heutige Bauernpräsident Hansjörg Walter alles in seiner Macht Stehende versucht, hier Geschlossenheit zu erreichen. Die ist meiner Ansicht nach unabdingbar.

Sie kommen selbst aus einer Bauernfamilie?

Ich bin auf einem Bauernhof in Steinach zwischen Arbon und Rorschach aufgewachsen. Ich wollte nach der Sekundarschule Bauern. Ich habe auch die Bauernlehre gemacht. Und ich habe anschliessend – im Gegensatz zu Christoph Blocher – zehn Jahre lang auf dem elterlichen und anderen Betrieben gearbeitet. Mit Schwerpunkt Obst- und Milchwirtschaft. Heute sind es immer noch zwei Bauernhöfe. Der älteste und der jüngere Bruder haben selbst gebauert. Jetzt sind die Neffen drauf. So habe ich denn auch, als ich dieses Haus hier in Köniz 1981 kaufen konnte, sofort Obstbäume gepflanzt. Der grosse alte Boskop war natürlich schon lange vor uns da. Der Garten ist mein Hobby.

Wie werden die beiden Höfe Ihrer Familie am Bodensee denn heute bewirtschaftet?

Einer ist Bio. Jener, der Milchproduktion- und Hochstammobstbau betreibt. Der mit dem Tafelobstbau ist IP. Es sind für

heutige Verhältnisse relativ kleine Betriebe: Der IP-Betrieb mit Geflügelhaltung hat 7 ha, der Bio-Betrieb zusammen mit einem anderen in Betriebsgemeinschaft rund 25 ha.

Ihr persönliches Verhältnis zu Bio?

Ich habe im Bundesamt für Landwirtschaft die allgemeinen Direktzahlungen vorbereitet und eingeführt, mit einem Zuschlag für IP und für Bio. Bundesrat und Parlament haben sie dann 1992 beschlossen. Ich habe Mühe, wenn man IP gegen Bio und umgekehrt auszuspielen versucht. Es sollen beide bestehen können. Das ist mein zentrales Anliegen. Biobetriebe lassen sich in den Gras- und Milchwirtschaftsgebieten ohne grosse Probleme bewirtschaften. Hier lässt sich das auch leicht und ohne grosse Umstellungen machen. Schwieriger hingegen wird es mit dem Biolandbau im Ackerbaugbiet, im Gemüse- und Tafelobstanbau. Und zwar einfach deshalb, weil die grosse Mehrheit der Konsumentinnen und Konsumenten heute wurmstichige Äpfel oder Äpfel mit Schorf nicht kaufen. Meine Ideallösung für diese Bereiche ist eine gute und konsequente IP-Bewirtschaftung, d.h. gute Bodenbearbeitung, keine Übernutzung des Bodens, kein übermässiger Düngereinsatz, Nährstoffbilanz usw. Ich sage es aber nochmals: es macht wenig Sinn, das eine gegen das andere auszuspielen. Es hat beides seinen Platz. Letztlich entscheiden die KonsumentInnen. Wir müssen die Bauern auf der ganzen Welt zum umweltbewussten, langfristig nachhaltig orientierten Bauern erziehen. Ich habe Respekt vor jedem, der Bio aus Überzeugung macht.

Dies wäre dann auch mit den Auflagen bei den Direktzahlungen verbunden?

Wobei diese Auflagen derzeit ja in der Kritik stehen. Ich glaube, was die Bauern heute zu Recht ärgert, sind weniger die Auflagen bei IP und Bio, als übertrie-

bene Einschränkungen beim Raumplanungsrecht. So ist es den Bauern beispielsweise enorm erschwert, ihre Scheune umzubauen und umzunutzen. Von mir aus gesehen ein volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn man das dann abreißen oder verlottern lassen muss. Mich stört es wenig, wenn auf einem bäuerlichen Hof draussen einmal eine kleine Schreinerei oder ein anderes kleines Gewerbe eingerichtet wird, ein Laden oder eine Wohnung.

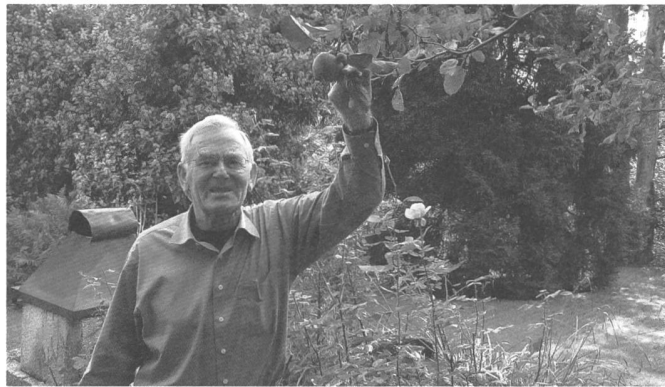
In diesem Bereich werden die Bauern mit dem Raumplanungsrecht zu stark eingeschränkt. Ich bin bei der Hilfsorganisation «Patenschaft für Berggemeinden» Experte. Dort sehe ich, wie unsere Bergbauern und die Alpwirtschaft oft Umbauten wegen Tierschutz-Vorschriften machen müssen, die einfach nicht notwendig wären. Zum ändern liesen sich die Kontrollen auf kantonaler Ebene besser koordinieren und zusammenlegen. Nicht, dass der Bauer zu viele Kontrolleure aller Art auf dem Hof hat. Das ist es doch, was die Bauern so nervt. Natürlich bedingen die Direktzahlungen Auflagen und Kontrollen. Es liesse sich aber einiges rationeller angehen. Hier ist die Landwirtschaftsverwaltung gefordert. Und die Politik, was die Raumplanung, den Tierschutz und andere Vorschriften betrifft.

Eine Forderung für das Agrarprogramm 2011?

Eine klare Forderung, ja. Man kann von den Bauern nicht ständig Unternehmertum einfordern, und ihnen gleichzeitig auf dem Weg dazu Knebel zwischen die Beine zu werfen.

Was müssen die Bauern bieten?

Ich könnte Ihnen nun mit ein paar Gemeinplätzen wie Tüchtigkeit, Strukturanpassung, gute Ausbildung, Zusammenarbeit, innovatives Agieren usw. kommen. Innovativ sind unsere Bäuerinnen und Bauern doch im Grossen und Ganzen eh schon.



Natürlich gibt es Bauern und Bauern. Man muss einsehen, dass es Leute gibt, denen es wohl ist auf einem kleinen Hof mit 7-10 Kühen. Sie soll man leben lassen und ihnen nicht einreden wollen, dass sie eigentlich gar keine Überlebenschance haben. Sie leben auf einem Bauernhof, auf dem sie fast gratis wohnen, wo sie zwar ein relativ bescheidenes Einkommen erwirtschaften, aber gleichzeitig genug, um leben zu können. Es funktioniert doch, häufig zusammen mit einem Nebenerwerb. Und sie haben eine positive Lebensgestaltung. Es gibt nichts schöneres, als Kinder auf dem Bauernhof aufwachsen zu sehen; wo sie lernen, praktisch zu arbeiten. Das Bäuerliche, wo nicht nur das möglichst hohe Einkommen zählt, sondern ein qualitativ gutes Leben, sollte mehr geschätzt werden.

Auch von den Bauern selbst?

Auch von den Bauern selbst, natürlich. Es geht um die Wertschätzung des Lebens auf dem Bauernhof als ganzes. Ohne nun eine heile Welt predigen zu wollen.

Welche Hausaufgaben für die Landwirtschaft möchten Sie im Agrarprogramm 2011 notiert haben?

Das zu konsolidieren, was wir haben. Keinen Aktivismus bitte. Klare Positionen bei der WTO. Wir wollen eine eigenständige Agrarpolitik, die aber auf die EU ausgerichtet sein muss. Wir kommen längerfristig nicht da-

rum herum, Mitglied der EU zu werden. Auch wenn ich zwei Seelen in meiner Brust spüre. Zum einen bin ich für die Eigenständigkeit, dass wir machen können, was wir für gut befinden. Die WTO ist für mich ein Musterbeispiel dafür, wie die Internationalisierung der Agrarpolitik schlecht ist und uns einschränkt. Das ist sicher auch eine Gefahr in der EU: dass die Grossen und Mächtigen bestimmen, wo es lang geht.

Andererseits bringt diese EU ein immer stärkeres Gewicht in der Weltpolitik auf die Waage. Wir mittendrin sind natürlich Europäer. Ich fühle mich als Europäer. Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft. Und wir gehören dazu. Wir müssen uns einbringen können. Ich bin für ein stark föderales Europa. Gerade in der Agrarpolitik. Auch wenn wir vieles davon aus Brüssel übernehmen müssen. Wobei der EU-Beitritt einfach heissen würde: Einfuhrschutz nur noch an der EU-Aussengrenze. Aber es wäre nach meiner Einschätzung durchaus möglich, dass die Schweiz ihre höheren Direktzahlungen beibehalten könnte, wenn sie sie zum Teil selber finanziert. Längerfristig werden wir den Einfuhrschutz der EU übernehmen müssen. Deshalb ist dieser EU-Einfuhrschutz für uns heute schon wichtig. Zumal wir zunehmend mit der EU bilateral liberalisieren. Mit dem Käse fängt es ja an. Das ist beschlossene Sache. Auch solche Überlegungen müssten in das Agrarprogramm 2011 einfließen. Das

gehört, wenn auch mit kluger Vorsicht, klar auf den Tisch. Es gibt keinen anderen Weg.

Sie sind mit dem ehemaligen Agrarkommissar Franz Fischler befreundet.

Und ich habe mit ihm schon viele Gespräche über unsere Landwirtschaft und die der EU geführt. Er sieht keine unüberwindbaren Hindernisse. Für ihn hängt viel vom Verhandlungsgeschick der Schweizer ab.

Was halten Sie von der Forderung: Landwirtschaft raus aus der WTO?

Ein Stück weit würde ich dem sogar zustimmen, in dem ich sage: Die Landwirtschaft ist heute zu stark in die WTO einbezogen. Ich sehe die Alternative so: die WTO beschränkt sich darauf, offensichtliche Missstände im Agrarhandel zu bekämpfen. Das Exportdumping zum Schaden anderer Länder muss weg. Die WTO muss dafür Rahmenbedingungen schaffen und die dann auch durchsetzen. Dass übertriebene und unnötige Handelsbarrieren abgebaut werden müssen, ist ebenfalls klar. Es geht nicht an, einfach Handel zu blockieren. Ein weiterer Punkt: die Markttöffnung für Produkte aus Entwicklungsländern sollte so weit als möglich auch garantiert werden.

Mit dem Slogan «Landwirtschaft raus aus der WTO» ...

... würden wir aber auf eine geschlossene Front stossen. Deshalb ist mir wichtig, mit der oben dargelegten Strategie schrittweise den Einfluss der WTO auf die nationalen Landwirtschaftssysteme zu beschränken. Das gelingt nur, wenn wir Schweizer mit unseren Forderungen direkt dabei sind. Und mitverhandeln.

Interview: Beat Hugli